

**Bundespräsident Joachim Gauck  
zum Thema „Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten“  
am 29. November 2016  
in Offenbach**

Offenbach! Es gibt wohl kaum eine Stadt, in der es passender wäre, über das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten zu sprechen. Denn hier sind 60 Prozent der Einwohner Ausländer oder Deutsche aus einer Zuwandererfamilie.

Hier in Offenbach und hier an der Theodor-Heuss-Schule, wo so viele Schüler familiäre Wurzeln in so vielen Ländern haben, gerade hier kann man jene Entwicklung beobachten und verstehen, die wir mit dem Begriff Integration bezeichnen und in dem so viele unterschiedliche Erwartungen, Vorstellungen und Emotionen stecken. Wir fragen uns: Wie verändern sich Menschen durch Einwanderung nach Deutschland? Wie verändert sich Deutschland durch Einwanderung? Wie schaffen es Menschen trotz unterschiedlicher Traditionen, Religionen und Sitten, sich zum Wohl ihrer Stadt und zum Wohl unseres Landes zusammenzufinden?

Wenn ich heute also über Integration sprechen will, so möchte ich Revue passieren lassen, was im Zusammenleben von Einheimischen und Migranten in Deutschland gelungen ist und an welchen Stellen von beiden Seiten nachjustiert werden sollte. Ich möchte sowohl über jene Menschen sprechen, deren Familien teilweise schon vor langem eingewandert sind, als auch jene, die vielleicht erst kurz hier sind und die Chance haben, bleiben zu können. Denn Migration und Integration, das machen die Flüchtlinge deutlich, die in jüngster Zeit in großer Zahl nach Deutschland gekommen sind, werden große, herausfordernde Themen für uns bleiben.

Offenbach ist nach langjähriger Integrationsarbeit zu Recht stolz auf seine Erfolge. Während der Architektur-Biennale in Venedig wurde Ihre Stadt wegen der aktiven Wohnungsbaupolitik als Modell einer „Arrival City“, einer Stadt der Ankommenden, gefeiert. Offenbach kennt aber auch die Probleme von Zuwanderung.

Viele von Ihnen, die Sie seit langem mit dem Thema Migration vertraut sind, wissen: Selbst die beste Integrationspolitik kann Reibungen zwischen Einheimischen und Zuwanderern nicht gänzlich beseitigen. Denn der Mensch fremdelt mit dem Fremden. „Jede Migration“, so stellte es Hans Magnus Enzensberger in seinem hellsichtigen Essay „Die Große Wanderung“ 1992 knapp und lebenserfahren fest, „jede Migration führt zu Konflikten. (...) Gruppenegoismus und Fremdenhass sind anthropologische Konstanten.“

Fremd ist bereits der Städter, der in eine Dorfgemeinschaft zieht oder der Bayer, der eine Stelle in Hamburg findet. Fremd ist erst recht der Jugendliche, der als einziger Schwarzer an der Werkbank in Dresden steht. Fremd ist immer derjenige, der nicht dazugehört, weil er die Geschichte der Mehrheit nicht teilt, nicht ihre historischen und kulturellen Prägungen, nicht ihre emotionale Vertrautheit, nicht ihre Normen, Werte, Gesetze, Vorlieben, Interessen, häufig auch nicht ihre Sprache. Fremd ist immer der Außenseiter, der sich Etablierten gegenüber sieht.

Es ist daher häufig so, dass wir über das Zusammentreffen von Zuzüglern und Einheimischen emotional und kontrovers diskutieren. Weil Einheimische mit der Fremdheit

fremdeln und die Kinder und Enkel von Zuwanderern in Loyalitätskonflikte mit ihren Eltern und Großeltern geraten. Unweigerlich sind beide Seiten berührt in ihrem Selbstverständnis, in ihrer Identität.

Ich teile weder die Auffassung der Gegner von Einwanderung, die vor allem auf Misslungenen verweisen. Noch teile ich die Auffassung jener bedingungslosen Befürworter von Einwanderung, die Risiken und Gefahren ignorieren und sich die Integration schön reden. Ja, Einwanderung erweitert unseren Blick. Sie bringt aber auch Probleme mit sich. Einwanderung ist immer beides: Bereicherung und Belastung, Gewinn und Verlust. Vor allem aber ist sie ein langer Prozess, der sich über viele Jahre und sogar mehrere Generationen zieht. Vielleicht haben Politik und Medien aus guter Absicht vielfach übersehen, wie vielschichtig die Fakten sind. Aber nur wer der Realität umfassend Rechnung trägt, findet auch bei skeptischen Menschen Gehör.

Wir sind spät dran mit unseren Diskussionen. Spätestens nach dem Anwerbestopp 1973, als die sogenannten Gastarbeiter ihre Familien nachholten, ist die Bundesrepublik de facto ein Einwanderungsland geworden. Seitdem ist es keineswegs mehr selbstverständlich, dass Nachbarn dieselben Erfahrungen und Erinnerungen, dieselben Traditionen und Sitten teilen. Heute sprechen einige Deutsche auch Sprachen, die andere Deutsche nicht verstehen, und sie feiern Feste, während andere Deutsche zur Arbeit gehen.

Das sollten wir uns bewusst machen, bevor wir jemandem mit fremd klingendem Namen bescheinigen: „Sie sprechen aber gut Deutsch!“ – als sei das noch immer verwunderlich, noch immer ein Ausnahmefall, als sei Staatsbürgerschaft bei uns noch immer ethnisch und nicht republikanisch definiert. Was vielleicht als Lob gemeint war, kann wie Ignoranz und Ausgrenzung klingen.

Glücklicherweise hat Deutschland inzwischen genügend Menschen aus Einwandererfamilien, die selbstbewusst einfordern, als gleichberechtigte Bürger wahrgenommen zu werden. Sie bekennen sich zu diesem Land, beantragen die deutsche Staatsbürgerschaft und verstehen sich als neue Deutsche: als Bürger, die hier ihr Zuhause gefunden haben, aber die Wurzeln ihrer Familien in der Türkei, in Russland, in Polen, dem Iran, dem Irak oder dem Libanon keineswegs verleugnen wollen. Wenn wir uns Integration wünschen, müssen wir keineswegs Assimilation verlangen.

Menschen, die in zwei Kulturen zuhause sind, sind wichtig – als Brückenbauer, die die Mehrheitsgesellschaft für Minderheiten sensibilisieren und umgekehrt jene Zugewanderten, die noch abseits stehen, an die Mehrheitsgesellschaft heranführen.

Enttäuschen wir jene nicht, die sich dazugehörig fühlen und sich als Deutsche verstehen. Zusammen mit der Mehrheitsgesellschaft bilden sie das neue „Wir“, die Gemeinschaft der Verschiedenen, die sich durch gemeinsame Werte verbunden weiß. Denn das ist die Voraussetzung, ohne die ein Zusammenleben nicht funktionieren kann: Unser Grundgesetz schützt alle Bürger in gleicher Weise, aber: Es ist auch in gleicher Weise für alle Bürger verpflichtend.

Werben wir also für dieses demokratische System, das vielen der Hinzugekommenen zwar nicht vertraut war – und ist – das den meisten aber größere Freiheiten und mehr Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung bietet, als sie es in ihren alten Heimatländern erwarten konnten. Statten wir Sozialarbeiter, Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen, Ausbilder mit Argumentationshilfen und Regeln aus, um Kinder und Jugendliche zu Demokraten zu

erziehen. Dulden wir nicht, auch nicht, um tolerant zu erscheinen, dass sich Leitbilder halten, die unseren Grundsätzen zuwider laufen. Vertreten und verteidigen wir das Recht auf freie Entfaltung des Individuums, die Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung von Frau und Mann, die sexuelle Selbstbestimmung und den säkularen Staat. Und lernen wir zu unterscheiden, was sofortigen Widerspruch und Grenzziehung erfordert, und was vielleicht fremd sein mag, aber in einer offenen Gesellschaft doch toleriert werden soll.

Pluralität von Lebens- und Glaubensformen will auf verschiedene Weise verteidigt werden. Wir haben dafür Sorge zu tragen, dass Migranten nicht missachtet, nicht verhöhnt oder gar fremdenfeindlich attackiert werden. Wir haben aber auch dafür Sorge zu tragen, dass sie nicht alleingelassen werden, wenn sie aus den Normen ihrer Herkunftsgemeinschaften auszubrechen versuchen und riskieren, aus dem Familienverband ausgestoßen zu werden, etwa wenn sie vor einer Zwangsverheiratung fliehen wollen. Und vor allem: Wir dürfen durch unser Desinteresse und unsere Zurückhaltung Islamisten und Terroristen nicht das Feld überlassen. Leisten wir stattdessen wirksame Prävention, indem wir Jugendlichen Sinn und Perspektive in diesem unserem Land aufweisen, damit Radikale erst gar keine Chance erhalten, Verunsicherte zu ködern!

Integration ist nicht nur eine große Herausforderung für die aufnehmende Gesellschaft, sie ist auch eine große Herausforderung für die Einwanderer. Wohl kann der Staat viel tun, und das muss er auch, denn er muss Nachteile ausgleichen. Er kann Sprach- und Integrationskurse anbieten, die interkulturellen Kompetenzen von Lehrern, Polizisten und Verwaltungsmitarbeitern erhöhen, die Aufnahme von Migranten in den Arbeitsmarkt fördern, und er kann den Besonderheiten von Religionsgemeinschaften Rechnung tragen, von Juden und Muslimen, von Aleviten und Jesiden, von Buddhisten, Sikhs und Bahai. Aber letztlich hängt es vom Willen eines jeden Einwanderers ab, ob er Deutschland als sein neues Zuhause betrachtet, seine Rechte und Pflichten wahrnehmen und Teil dieser Gesellschaft werden will.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen, das Beispiel von Nuray Çeşme, 40 Jahre alt. Sie wuchs in einer Gegend von Neumünster auf, in der viele Türken lebten. „Ich habe mich nie fremd gefühlt“, erzählt sie. Denn sie hatte das Gefühl, in einem türkischen Dorf zu leben. In der Schule hielt sie sich an die türkischen Kinder und folgte den Traditionen aus dem Heimatland. Sie sprach, aß, dachte türkisch. Als ihre Familie beschloss, in Deutschland zu bleiben, sagte ihr Vater: „Misch Dich unter die Deutschen“, und schickte sie, damals ungewöhnlich, auf eine Schule mit vielen deutschen Schülern. Und was geschah? Nuray Çeşme erlebte die Begegnung mit Deutschen wie Deutsche die Begegnung mit Türken: als Bereicherung und zugleich als Belastung, als Gewinn und zugleich als Verlust. In der Bilanz jedoch als einen Schritt, der ihre Möglichkeiten erweiterte, beruflich wie privat. Heute ist Nuray Çeşme Abteilungsleiterin in einem Hamburger Konzern und ermutigt andere, indem sie sagt: „Wer sich integrieren möchte, schafft es auch.“

Viele haben es geschafft. Sie arbeiten als Verkäuferinnen, Polizisten, Geschäftsinhaber, Ärztinnen, Lehrer, Journalistinnen. Ihre Kinder besuchen zum Beispiel die Theodor-Heuss-Schule und wollen es ihnen gleichtun. Sie nehmen teil am gesellschaftlichen Leben, besitzen häufig die deutsche Staatsbürgerschaft und sind mit Menschen aus ganz unterschiedlichen Kulturkreisen befreundet – eine wunderbare Entwicklung.

Leider ist aber auch wahr: Noch immer wird der Bildung nicht in allen Zuwanderermilieus die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Noch immer engagieren sich zu wenige Mig-

ranten in Parteien, Sportvereinen, im Elternbeirat oder in Gemeinde- und Stadträten. Das Leben vieler, zu vieler Einwanderer, findet abseits des Lebens der Mehrheitsgesellschaft und ohne Einfluss auf das politische Leben statt.

Die Vor- und Nachteile von Parallelgesellschaften sind bekannt: Zunächst dienen sie als Anlaufstelle für Ankommende, die in der Fremde Halt im Vertrauten suchen. Sie können den Weg in die neue Gesellschaft ebnen helfen. Sie können sich aber auch als Einbahnstraße, ja, als Sackgasse erweisen, wenn Einwanderer in der vertrauten Umgebung verharren und die Begegnung mit der Mehrheitsgesellschaft meiden. Und manchmal werden Parallelgesellschaften auch zu Orten, in denen sich Zuwanderer demonstrativ gegen die Gesetze und Regeln der Mehrheitsgesellschaft positionieren oder als Interessenvertreter ihrer Herkunftsländer auftreten und Spannungen nicht nur zur Mehrheitsgesellschaft, sondern auch zu anderen Migrantengruppen erzeugen.

Allen Zugewanderten und ihren Nachfahren, die hier in Deutschland sind und doch noch nicht ganz angekommen, möchte ich daher zurufen: Es ist verständlich, dass Sie Ihre Kultur und Ihre Religion weiter pflegen wollen und Sie die Geschicke Ihrer Herkunftsländer weiter berühren – aber vergessen Sie bitte nicht: Wenn Ihre Zukunft und die Zukunft Ihrer Kinder hier in Deutschland liegt, dann mischen Sie sich bitte hier ein und gestalten Sie dieses Land mit – zu unserem gemeinsamen Besten.

Gewiss: Migranten werden in unserer Gesellschaft oft noch diskriminiert. Aber: Wenn sich Eingewanderte vor allem als Opfer von Diskriminierung und Rassismus sehen, bringen sie sich selbst um die Entfaltung ihrer Potenziale. Gewiss: Der Islam ist bei uns manchen pauschalen Verdächtigungen ausgesetzt. Aber wenn einige Migranten etwa schon eine historisch-kritische Auslegung des Koran als islam- oder ausländerfeindlich abwehren, wird der Prozess zur Gewinnung eines gemeinsamen „Wir“ definitiv nicht gefördert.

Ganz deutlich ist: Wir brauchen mehr Begegnungen zwischen alten und neuen Deutschen. Wir müssen mehr miteinander reden und mehr miteinander tun. Wir müssen auf allen Seiten die Anstrengungen erhöhen, damit dieses Land ein lebenswerter Ort für uns alle bleibt.

Die entscheidende Trennlinie in unserem Land verläuft nämlich nicht zwischen alten und neuen Deutschen, zwischen Einheimischen und Zugewanderten, auch nicht zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen. Die entscheidende Trennlinie verläuft zwischen Demokraten und Nicht-Demokraten, zwischen jenen, die eine offene, demokratische Gesellschaft verteidigen wollen und werden, und jenen, die die Meinungsfreiheit nur ausnutzen, um Zwietracht, Hass und Gewalt zu säen.

Vergessen wir nie: Nicht die Herkunft zählt, sondern die Haltung.

So stelle ich mir das Deutschland der Zukunft vor:

Deutsche mit und ohne Zuwanderungsgeschichte –

Gemeinsam in der Bekämpfung von Extremismus, Nationalismus und Terrorismus.

Gemeinsam im Engagement für soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Gemeinsam in der Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten, gegen innere und äußere Feinde.

Gemeinsam als Bürger in unserem Land.

Gemeinsam für unser Land.